



**28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima,
Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung**
Gremium: Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz
und ländliche Entwicklung
Sitzungstermin: Donnerstag, 16.06.2011, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 1.1 **Feststellung der Anwesenheit sowie der
ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die
Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 19.05.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

- 2 **Wiedervorlagen**

- 2.1 **Lebensmittelhygiene** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 10/SVV/0642

- 3 **Überweisungen aus der
Stadtverordnetenversammlung**

- 3.1 **Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern
vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-
Straße** Fraktionen SPD, CDU/ANW
Vorlage: 11/SVV/0421

- 3.2 **Straßenquerung Horstweg** Fraktion SPD

Vorlage: 11/SVV/0422

- 3.3 **Munitionsfreiheit auf Schul-, Kita-, Jugendfreizeit-, Senioreneinrichtungen sowie Sport-, Bolz- und Spielplätzen**
Vorlage: 11/SVV/0393 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 **Flächenverbrauch Potsdams begrenzen**
Vorlage: 11/SVV/0394 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.5 **Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 11/SVV/0412 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und Bauordnung
- 4 **Berichte und Informationen**
- 4.1 **Bericht aus der Fluglärmkommission vom 23.05.2011 und vom 06.06.2011**
- 5 **Sonstiges**

Nichtöffentlicher Teil

- 6 **Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.05.2011**
- 7 **Verhandlungsverfahren zur Erfüllung der Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam zur Aufnahme und Verwahrung von Fundtieren und Verwahrtieren, verbunden mit sozialpädagogischen / sozialtherapeutischen Betreuungsleistungen für Jugendliche und junge Erwachsene**
Vorlage: 11/SVV/0429 Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt



öffentlich

Betreff:
Lebensmittelhygiene

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 17.08.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.09.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Anlehnung an das Modellprojekt „Smiley“ im Berliner Bezirk Pankow, bis April 2011 ein stadtweites Informationssystem über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung aller Gastronomiebetriebe einzurichten.

Die Ergebnisse der Überwachung sind im Internet als auch im Betrieb selbst darzustellen.

Das Informationssystem soll ein Gütesiegel für besonders vorbildliche Betriebe und eine Negativliste enthalten, auf der Betriebe aufgelistet werden, bei denen grobe Verstöße gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften festgestellt wurden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2011 ein Zwischenbericht zur Umsetzung des Informationssystems vorzulegen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der Novellierung des Verbraucherschutzgesetzes (VIG) im Jahre 2008 wurden die Informationsrechte der Verbraucher über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung erweitert.

Der "Smiley" ist ein im März 2009 erstmals im Bezirk Pankow eingeführtes amtliches Gütesiegel. Damit dürfen sich jene gastronomischen Einrichtungen schmücken, die bei der amtlichen Lebensmittelkontrolle eine überdurchschnittliche Qualität und Hygiene nachweisen konnten. Betriebe, die nach einer ersten Kontrolle festgestellte Missstände nicht beseitigt hatten, erhielten dagegen einen Eintrag einer im Internet veröffentlichten sogenannten Negativliste.

Laut Berliner Verbraucherschutzinitiative sei nach anfänglichem Widerstand gegen die Einführung des "Smiley" in Pankow die Akzeptanz gegenüber dieser Qualitätsbewertung und -kontrolle stark gestiegen. Zwar legten rund 30 Prozent der überprüften Betriebe Widerspruch gegen einen Eintrag in die Negativliste ein. Zu einer Gerichtsverhandlung sei es jedoch noch nicht gekommen (Stand Juli 2010).

Die Hygiene in der Gastronomie habe sich bereits innerhalb eines Jahres verbessert. Online-Liste und Smileys gelten unter Gastronomen als wettbewerbsfördernde Instrumente, von denen Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen profitieren.



öffentlich

Betreff:

Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 16.05.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen wie die trotz Zebrastreifen für Kinder und Eltern schwierige Verkehrssituation auf Höhe der Geschwister-Scholl-Straße 52 sicherer gestaltet werden kann durch:

- eine Überkopf-Beleuchtung des Zebrastreifens zur besseren Kenntlichmachung insbesondere in der dunklen Jahreszeit
- ein früheres Einsetzen der Tempo-30-Zone
- die Verlängerung der Tempo-30-Zone bis 18 Uhr (Betriebsschluss Kita)
- bzw. andere geeignete verkehrliche Maßnahmen.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im September 2011 berichtet werden.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

gez. M. Schröder
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Zebrastreifen vor dem Eingangsbereich zur AWO-Kita Tausendfüßler in der Geschwister-Scholl-Straße 52a wird von Autofahrern häufig übersehen. Aufgrund der Stärke des Verkehrs auf diesem Stück der Geschwister-Scholl-Straße insbesondere in den Morgenstunden wird nach Auffassung vieler Eltern die besondere Situation der querenden Kinder an dieser Stelle nicht ausreichend beachtet. Der Kindergarten, der etwas abseits von der Straße liegt, ist für den fließenden Verkehr als Einrichtung nicht präsent genug; häufig wird schneller als erlaubt gefahren bzw. noch direkt vor dem Streifen überholt. Auch ist die Tempo-30-Zone bis 17 Uhr befristet; die Kita schließt jedoch erst um 18 Uhr. Die genannten Maßnahmen sollen dazu beitragen, im Interesse der Kinder einen sicheren Weg zur Kita zu ermöglichen.



öffentlich

Betreff:
Straßenquerung Horstweg

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 16.05.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen ob auf dem Horstweg zwischen Heinrich-Mann-Allee und Hermann-Muthesius-Straße ein Zebrastreifen eingerichtet werden oder andere geeignete verkehrliche Maßnahmen ergriffen werden können.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im September 2011 berichtet werden.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Eine sichere Straßenquerung ist auf dem Horstweg über eine längere Streckenführung nicht möglich. Verschiedene Ministerien, die Bundespolizei sowie die Agentur für Arbeit Potsdam mit jeweils mehreren hundert Beschäftigten befinden sich rechts und links des Horstwegs. Die Querung des Weges ist auf Höhe der Mann-Allee per Ampelführung möglich; danach ist der Horstweg mit 50 km/h ausgeschildert und dient als Verbindungsstrecke zwischen Heinrich-Mann-Allee und L40 mit entsprechendem Verkehrsaufkommen. Ein Zebrastreifen zum Beispiel würde die Querungssituation deutlich erleichtern.



öffentlich

Betreff:

Munitionsfreiheit auf Schul-, Kita-, Jugendfreizeit-, Senioreneinrichtungen sowie Sport-, Bolz- und Spielplätzen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 11.05.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aus gegebenen Anlass wird der Oberbürgermeister beauftragt, einen adressengenaue Prioritätenplan mit Angaben der Kosten für die Herstellung der Munitionsfreiheit sämtlicher o. g., in städtischem Besitz befindlichen Grundstücke bis zum 31.12. 2011 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Beantwortung der DS 11/SVV/0293 ist unzureichend. Aus der Antwort kann trotz konkreter Nachfrage nicht entnommen werden, auf wie vielen Potsdamer öffentlichen Grundstücken eine Gefährdung durch Weltkriegsmunition und Bomben noch besteht. Mit der o.g. ersten Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass in überschaubarer Zeit Potsdamerinnen und Potsdamer nicht mehr weiter durch Munition aus dem Weltkrieg gefährdet werden.



öffentlich

Betreff:

Flächenverbrauch Potsdams begrenzen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 11.05.2011

Eingang 902: 17.05.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzulegen mit welchen Maßnahmen (z. B. Flächenverbrauchsabgabe, Verzicht auf unnötige Versiegelungen) Potsdams Anteil am 30 Hektarziel gewährleistet werden kann. Dabei sind neben planerischen Instrumenten auch ökonomische Anreize zu berücksichtigen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der November Sitzung 2011 zu berichten.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Potsdam sieht sich verpflichtet, an der Erreichung des Nachhaltigkeitszieles, auch im Hinblick auf eine Beschränkung des Flächenverbrauches, mitzuwirken.

Das im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ausgegebene Ziel, den Flächenverbrauch bundesweit bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, muss auch in Potsdam berücksichtigt werden. Dieses Ziel muss zweifellos erreicht werden, um den Abbau von Grünflächen zu stoppen und den weiteren Verlust der Artenvielfalt zu verhindern. Langfristig wird es sogar notwendig sein, den Flächenverbrauch völlig aufzuhalten.

Potsdams Umweltmonitoring (DS 08/SVV/0697) zeigt, dass der Flächenverbrauch (Versiegelung) auch in Potsdam zunimmt, während das Grünvolumen dramatisch abnimmt. Diese Entwicklung ist mit geeigneten Steuerungsinstrumenten frühzeitig entgegen zu wirken.



Betreff:

öffentlich

Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: FB Stadtplanung und Bauordnung

Erstellungsdatum 16.05.2011

Eingang 902: 16.05.2011

4/46/461

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und den Trägern öffentlicher Belange wird gebilligt.
2. Die Stellplatzsatzung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) für die Landeshauptstadt Potsdam beschlossen.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Mit dem Beschluss 09/SVV/1042 ist die Stadtverwaltung beauftragt worden die Stellplatzsatzung abzuschaffen, oder deren Regelungsgegenstände zu reduzieren.

In den Monaten August bis Oktober 2010 wurden Ziele und Möglichkeiten der Neufassung einer Stellplatzsatzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ausführlich erörtert.

Als Ziele der Reduzierung der Regelungen einer städtischen Stellplatzsatzung wurden gesetzt:

- Erleichterung des Aufwandes und der Antragstellung für Bauherren
- Reduzierung des Verwaltungsaufwandes
- Unterstützung von preiswerterem Bauen
- Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen am 24.08.2010 wurden 12 wesentliche Änderungsvorschläge als Grundlage für eine Neufassung der Stellplatzsatzung erörtert. Es wurde weiter bestimmt, dass die Gremien erst nach der Beteiligung der Öffentlichkeit mit einem dann abgeschlossenen Entwurf befasst werden.

Dieser liegt jetzt vor und wird zusammen mit einem Abwägungsvorschlag zur Billigung bzw. Beschlussfassung empfohlen.

Anlagen

Anlage 1: Satzungstext und Anlagen zur Satzung

Anlage 2: Begründung zur Satzung

Anlage 3: Abwägung der Stellungnahmen

Anlage 4: Synopse